

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes - 814 Köln am Rhein  
Christlich-nationale Berufsgewerkschaft für Angehörige der graphischen und papierverarbeitenden Industrie

20. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.,  
monatlich 20 Pf. ohne Befreiung

Samstag, den 29. November 1924

Gründet überständig Ernstings  
Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 21

## Unser Weg

### Gibt es in unserer Bewegung einen Richtungsstreit?

In den letzten Wochen hat sich die Öffentlichkeit und insbesondere die kirchliche Presse mit den christlichen Gewerkschaften in ausgiebiger Weise beschäftigt. Sie hat mehr oder minder eifrig gemeinte Untersuchungen darüber angestellt, ob die christlichen Gewerkschaften ihren zu Pfingsten 1924 in Mainz angenommenen Grundgedanken treu geblieben sind oder ob sie diese Linie im Laufe der Jahre verlassen haben. Unmittelbaren Anlaß für solche Erörterungen hat die Rede des Kollegen Stegerwald auf der Kölner Jubiläumstagung über unsere Stellung zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart.

Um es vorweg zu sagen: Mit der geistigen Schwungkraft und Regsamkeit in einer Bewegung ist kritisches, harnisches Dahinbrüten unvereinbar. Wo kein drängendes, hürnendes Leben, da Dichtung und zuletzt Tod. Man kann mit den Grundgedanken und Zielen einer Bewegung völlig übereinstimmen, aber dennoch auf dem Marste zum Ziel von der breiten Meerstraße gewaltsam abkommen. Man kann der Meinung sein, auf Um- und Zirkelwegen schneller zum Ziele zu gelangen. Das ist kein Unrecht, sondern ganz der Sache einen neuen Impuls. Als ein Unrecht wäre eine solche Entwicklung nur dann zu bezeichnen, wenn sie aus innerer Schwäche heraus für die Bewegung untrennbar erdient.

Da diesen Punkt sind die christlichen Gewerkschaften aber noch nicht gekommen. Sie werden und dürfen es auch nicht. In ihren Reihen muß auch für jene Flagge vorhanden sein, die eine eigene Meinung haben. Dafür läßt sich nicht in eine enge Schablone pressen. Dies sei insbesondere gegenüber jenen Kreisen betont, die sich etwa einbilden sollten, es wäre nun um die Geschlossenheit und Einheitlichkeit in unserer Gewerkschaftsbewegung gegangen. Die so denken und spekulieren, können sich gewaltig unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung ist mit jenen persönlichen und geistlichen Dingen, mit jenen schicksalhaften Mächten, mit einem skrupellosen Verlore des Gegners und mit Vagabundungen der Arbeitergehirne aufgeben, daß niemand von uns vernehmen konnte wäre, die Hand zur Unterminierung zu bieten.

Reinigungsbedürfnisse sind da und dürfen nicht geteilt werden. Es handelt sich nicht um solche über das Mainz Programm, also über unsere Grundzüge, sondern über den einzuschlagenden Weg zu deren Verwirklichung. In den Mainz Verträgen heißt es:

„Die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften besteht in der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Erziehung des Arbeitervolkes.“

Man kann die Lösung dieser Aufgaben von den geschiedenen Seiten anfangen und mit mancherlei Mitteln betreiben. Der Führer unserer Bewegung, Kollege Stegerwald, bekräftigt die Auffassung, daß die Lösung der eben angeordneten Aufgaben nicht das Endziel unserer Bewegung sein kann und daß wir mehr zugehen müssen als eine bloße wirtschaftliche Interessensvertretung der Arbeiter. Legen wir der verstorbenen bedeutendsten Führer der deutschen sozialistischen Gewerkschaften, sagte einmal: Aufgabe und Ziel der Gewerkschaftsbewegung sei, durch Vorenthaltung der Arbeitskraft deren Wert zu steigern. Wie dagegen betonen: Ziel der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muß sein, positiver Mitarbeiter der Wirtschaft zu werden und mit ihren Bestrebungen bis zu den Grenzen der Produktion voranzutreiben. Heute besteht das deutsche Volk zu 70 Prozent aus bloßen Gehalts- und Lohnempfängern. Ist ein solcher Zustand auf die Dauer für ein Volk, das hundert Jahre allgemeine Schulpflicht hinter sich hat, über das gleiche Wahlrecht verfügt, und das auf einem hohen Stand der Zivilisation und Kultur angelangt ist, noch tragbar? Die Kommunisten wollen diesen Zustand ändern durch die Weltrevolution, durch die Diktatur des Proletariats. Diesen Weg wollen und können wir nicht mitgehen. Die Sozialdemokraten wollen ihn ändern durch die Vergewaltigung der Produktionsmittel auf dem Wege über die Demokratie. Auch diesen Weg können wir nicht mitgehen. Sozial-

istische Wirtschaft bedeutet gleichbedeutend bürokratische Wirtschaft, und eine bürokratische Wirtschaft würde sich für ein Volk noch viel katastrophaler auswirken, wie sich der bürokratische preussische Staat für das deutsche Volk verhängnisvoll ausgewirkt hat. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß, wenn nicht alle, so doch ein großer Teil der 70 Prozent Gehalts- und Lohnempfänger, in den Mittel- und die Gesamtarbeiterschaft in die Mitverantwortung an der deutschen Wirtschaft hineinzuwachsen muß. Das kann auf vielerlei Wegen geschehen: Durch Schaffung von Produktionsgenossenschaften, Konsumvereinen, Einführung der akkordmäßigen, maßgebende Beteiligung der Gewerkschaftsverbände an den bedeutendsten Unternehmungen ihrer Gewerbe, durch Pflege des berufständischen Sparwesens mittels besonderer Banken usw. Auf dem Wege der organisierten Gewerkschaftskraft, Sparkraft und Sparmacht müssen wir dahin gelangen, daß nicht mehr 70 Prozent des deutschen Volkes bloße Gehalts- und Lohnempfänger sind.

Auch in politischer Beziehung will Stegerwald den Einfluß unserer Bewegung in die Wechselschichten. Wir stehen heute vor der Frage, wie weit wir unter den veränderten Verhältnissen gemeinsam mit den Unternehmern, gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Erzeugern und wie weit wir gemeinsam mit unseren sozialdemokratischen Kollegen, mit denen, so weit der Arbeitsvertrag in Frage kommt, vieles uns verbindet, von denen uns aber in Fragen des Staats-, Gesellschafts-, Kultur- und Wirtschaftslebens, in den Fragen des Wohler und Wohin des Volkes, eine unübersteigbare Kluft trennt, gehen können? Aus dieser Fragestellung folgert Stegerwald dann weiter die Notwendigkeit der Heranziehung der Rechte zur politischen Mitverantwortung. Wichtigkeit betont er aber: Wer etwa glaubt, die Sozialdemokratie müsse von der Regierungskoalition ausgeschaltet werden, damit die Arbeiterschaft wieder zum Fokuspunkt der Gesellschaft degradiert werden könne, der hat falsch gewertet. Wegen dieser Pläne gibt es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine Kämpfe, dagegen gibt es nur einen mächtigen und geschlossenen Kampf! Dieser würden wir den ganzen alten Parteistillsitz zerlegen, bevor wir diese Politik und Entwicklung zu tiefen!

Man sieht, Stegerwald betrachtet die Aufgaben unserer Bewegung umfassender; er bleibt nicht unten stehen, er drängt nach oben. Dagegen haben manche von uns Bedenken. Diese Bedenken kommen aus aufrichtigem Besorgnis um die Bewegung, kollege Ambusch, der Führer der christlich organisierten Bergarbeiter, sagte sie in Köln wie folgt zusammen:

Die Aufgaben unserer Bewegung und die Möglichkeit ihrer Durchführung werden verschieden beurteilt. Die Gründer der Bewegung beschränkten bewußt deren Arbeitsgebiet; das in weiser Selbstbeschränkung zu tun, wird auch in Zukunft notwendig sein. Geht man zu weit auf das politische und kulturelle Gebiet über, dann ist das der Anfang vom Ende. In einer Bewegung, die von Mitgliedern verschiedener Parteirichtung und Konfession getragen wird, darf man sich nicht zu weit vorwagen, wenn man nicht den Keim der Zwietracht hineintragen will. Die Hauptaufgabe liegt darin, daß man die in unserer Bewegung mehr sein und aus der Bewegung mehr machen wollen, als möglich ist.

Zwischen Stegerwald preussischer Ministerpräsident gewogen ist, auch er hin in politische Gebiet; jetzt dem bin ich der Auffassung, daß er die politische Seite etwas zu stark, die gewerkschaftliche Seite nicht stark genug sieht. Wenn er z. B. eintritt für die Eingliederung der Rechte in die Regierung, dann ist das kein gutes Recht; aber es ist bedenklich, es auszusprechen in einer Bewegung, wo Hunderttausende anderer Meinungen sind. Wir müssen uns entscheiden, ob wir Gewerkschaftsarbeit im alten Sinne unter Anpassung an neue Verhältnisse leisten oder mehr politische Wege unter weitgehender Umbiegung unserer Grundzüge gehen wollen. Sollten wir als berufliche Interessenvertretung von Staatsbedürfnissen aus-

gehen? Das ist Aufgabe des Staatsmannes, es gehört nicht zur Gewerkschaftsarbeit. Eine Interessenvertretung der Arbeiter darf nicht andere Sachen zuerst behandeln und dann die Interessen der Arbeiter. Das würde wehren gegen den Marxismus richtet sich auch gegen uns! Die Klassenkämpfer von oben wollen den Neuaufbau ganz auf Kosten der breiten Masse. Wir müssen in unserer Bewegung einen Kurs einschlagen, daß so etwas nicht gelingt. Es wird politisch zum Zusammen gebrochen, aber dahinter steht etwas ganz anderes. Gleich und Not in der Arbeiterschaft sind nicht mehr zu überbrücken. Wir müssen bleiben, was die Gründer unserer Bewegung wollten, eine Vertretung der Arbeiterinteressen. Bewußt sollen auch andere zu ihren Rechten kommen, aber wenn das Wort von der Nächstenliebe wahr werden soll, dann dürfen und müssen wir uns zunächst selbst lieben.

Unsere Gegner haben aus diesen Meinungsverschiedenheiten viel mehr herausgeholt, als sie tatsächlich enthalten. Im Grunde genommen treffen sowohl Stegerwald wie auch Ambusch das Richtige. Stegerwald will über die kleinen Sorgen des Alltags hinaus unsere Bewegung wirtschaftlich und politisch zu einem Faktor machen, mit dem Freund und Feind rechnen müssen. Ambusch dagegen möchte die Aufgaben unserer Bewegung bewußt beschränken. Ihm ist die wirtschaftliche Interessenvertretung, befreit von allen Gemütsfragen, das Wichtigste. Wegen wir uns zu weit hinaus, zumal auf die politische Plattform, so entstehen mancherlei Gefahren. Die Dinge müßten mehr von unten, denn von oben gehen werden.

Anschließend ist aber das Ziel. Hierüber sind wir uns einig, wie vor 20 Jahren. Und diese Einigkeit wird unsere Bewegung durch alle Veränderungen und Kämpfe führen zum goldenen Jubeltag 1949!

## Die Kosten der deutschen Sozialpolitik

Die Preß- der Arbeitgeber verbreitet namentlich zum Lohnstreik geschildert die Behauptung, die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft sei in der Nachkriegszeit geradezu unahaltbar geworden. Diese Behauptungen sucht man durch tendenziöse Zahlenangaben zu erhärten. Die Deutlichkeit soll damit irreführend werden, wie durch so manche Behauptungen, die in den letzten Wochen in Kollegen und Sonderdrücke durch die Welt gingen.

In die wohlorganisierte Stimmungsmache der Arbeitgeber wird aber zur rechten Zeit bitterer Wein gegossen. Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt in Nr. 24 vom 8. 11. 1924 einen umfangreichen Artikel über die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft und stellt darin fest, daß die Zahlenangaben der Arbeitgeber übertrieben sind. Die wirkliche Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialpolitik ist nicht viel höher als im Frieden.

In der Invalidenversicherung hat sich infolge Aufnahme der Witwen und Waisen aus dem Kriege, durch Vermittlung der Invalidenrente an 50jährige Versicherte usw. die Zahl der Rentempfänger beträchtlich vermehrt. Auch mußten die früher allzu niedrigen Bezüge der Witwen und Waisen aufgebessert werden. Die Schwierigkeiten der Deckung wurden durch organisatorische Maßnahmen — Umgehungsverfahren, Kostenanstieg im Reichsgebiet usw. — überwunden. So kann die Invalidenversicherung mit einer mäßigen Mehrbelastung der Wirtschaft ihr Auskommen finden. In den unteren Lohnklassen ist die Belastung stellenweise sogar geringer als vor dem Kriege und nur bei den mittleren und oberen höher. Insgesamt ist für 1924 mit einer Beitragssumme von 330 Millionen Reichsmark — gegenüber 290 Millionen im Jahre 1913 — zu rechnen. Dabei bleibt aber zu berücksichtigen, daß infolge der Geldentwertung der Zinsdienst für die ausgeliehenen Kapitalien der Versicherungsanstalten, der die Wirtschaft früher mit 60 bis 70 Millionen jährlich belastete, beinahe aufgehört hat.

Die Angestelltenversicherung mit ihren 1,5 Millionen Versicherten, die in der Hauptgröße Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit, Hinterbliebenenrente und Beerdigung genährt, hatte im Jahre 1913 138 Millionen M. und im Jahre 1917 schon 169 Millionen

# Kolleginnen und Kollegen! Wahlpflicht ist eure vornehmste Bürgerpflicht!

Markt aufgebracht. Trotz Berechnung der Reichertenszahl, die sich aus der Klassen Abgrenzung gegenüber der Zuwandernummerierung und aus dem Schwanden großer Teile des wirtschaftlich selbständigen Mittelstandes ergibt, sind auch für die Angestelltenversicherung die Kosten jetzt niedriger geworden. Sie werden für das Jahr 1924 rund 110 Millionen Reichsmark betragen. Gegenüber einer Beitragssatz in den höheren Gehaltsklassen von 7 Prozent vor dem Kriege ist der Beitragssatz jetzt auf 4 Prozent und stellenweise noch tiefer herabgegangen.

Die Unfallversicherung insbesondere mit ihren 24 Millionen Versicherten hatte für Kranten, Krankenbehandlung, Ergänzungen usw. im Jahre 1913 eine Entschädigungssatz von rund 100 Millionen Mark zu tragen. Tausendmal mehr infalliditas und erfolgreicher Heilbehandlung ist die Zahl der Unfallangelegenheiten und Krankheitsfälle geblieben. Darüber hinaus hat aber in der Krankenkasse infalliditas und erfolgreicher Heilbehandlung ist die Zahl der Unfallangelegenheiten und Krankheitsfälle geblieben. Darüber hinaus hat aber in der Krankenkasse infalliditas und erfolgreicher Heilbehandlung ist die Zahl der Unfallangelegenheiten und Krankheitsfälle geblieben.

Schwerwiegen liegen die Verhältnisse in der Krankenversicherung. Sie hat etwa 18 Millionen Versicherten für den Krankheitsfall zu versorgen. Ihre nicht unerheblichen Mängel hat die Inflation verschärft. Unvergleichlich hoch ist in diesem Jahre die Zahl der von den Ärzten als arbeitsunfähig bezeichneten Kranken. Neben objektiven Krankheitsstörungen der Volksgesundheit spielen dabei wirtschaftliche Momente mit. Soziale Wirtschaft aller Beteiligten ist unabweisliche Pflicht. Während der Beitragsatz - der vor dem Kriege etwa 4 Prozent betragen hatte - zu Anfang des Jahres 1924 unter den Nachwirkungen der Inflationsmischheit 8-10 Prozent der Einnahme ausgemacht hatte, ist er inzwischen auf durchschnittlich 6 Prozent herabgesetzt worden. Es wird versucht, ihn auf 5 Prozent zu bringen. Für das Jahr 1924 muß mit einer Belastung durch die Krankenversicherung in Höhe von 70 Mill. Reichsmark - gegenüber 62 Millionen im Jahre 1914 - gerechnet werden. Ausgelenk sollten sich die Kosten für Unfall-, Angestellten-, Invaliden und Krankenversicherung für das Jahr 1924 auf 1200 Millionen Reichsmark, gegenüber 1102 Mill. M. im Jahre 1913. Die Mehrbelastung beträgt im ganzen 18 Prozent also nicht so viel, wie die allgemeine Verteuerung. Sie macht für die Arbeitnehmer allem rund 27 1/2 Proz. aus, also ungefähr so viel wie die Steigerung der übrigen Lebenshaltungskosten. Für die Arbeitgeber 6,5 Prozent, d. h., noch nicht den vierten Teil der Steigerung, die die Großhandelspreise gegenüber der Vorkriegszeit erfahren haben.

Die deutsche Erwerbslosenfürsorge ist als solche während des Krieges entstanden, also eine verhältnismäßig neue Einrichtung, für die Versteuern mit der Vorkriegszeit nicht möglich sind. Beweisen wird aber auf die Belastung, welche die Sorge um die Erwerbslosen früher für die Armenpflege bedeutete. Zerstörer über die Kosten der Erwerbslosenfürsorge haben sich insbesondere daraus ergeben, daß die höchsten Beiträge - 3 Prozent vom Lohn, nämlich je 1 1/2 vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer - immer wieder mit den tatsächlich geleisteten Beiträgen verwechselt werden. Diese liegen viel niedriger. So in Baden auf 1,2 Prozent, in Sachsen auf 1 Prozent, in Berlin und Hamburg auf 0,5 Prozent. Nur ausnahmsweise insbesondere im besetzten Gebiet - erreichen sie noch die Höchstgrenze von 3 Prozent. Die Beiträge konnten überall dort am weitesten herabgesetzt werden, wo die vom Reichsarbeitsministerium angeordnete Versicherungsgemeinschaft im Rahmen des Landesarbeitsamtes erreicht worden ist. Das gilt insbesondere für Gebiete mit so schwierigem Arbeitsmarkt wie Berlin, Hamburg und den Reichsstadt Sachsen. Es steht zu erwarten, daß die Einführung der Versicherungsgemeinschaft im Rahmen der Landesarbeitsämter für das ganze Reichsgebiet allgemein zur weiteren Herabsetzung der Beiträge führen wird, die schon jetzt im Reichsdurchschnitt nicht über 1,5 Prozent - je 3/4 Prozent Arbeitgeber und Arbeitnehmer - liegen. Allgemein wird der Aufwand der Erwerbslosenfürsorge, wenn man den bisher monatlichen Monat des Haushaltsjahres, den September, als Durchschnitt zu Grunde legt, etwa 200 Millionen Reichsmark betragen, wovon Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen 220 Millionen Reichsmark aufzubringen haben. Jetzt muß den Durchschnitt der Monate April bis September zugrunde, so wird der entsprechende Betrag nur 150 bis 160 Millionen Reichsmark betragen.

Aus der vorstehenden Aufzählung ergibt sich also, daß die Soziallasten mit Einschluß der Erwerbslosenversicherung auf 1,5 Milliarden Mark zu beziffern sind, während von gewisser Seite der dreifache Betrag genannt wird.

Die Lohnsteuer ab 1. Dezember 1924. In dem vom 1. Januar 1924 ab eingeführten neuen Lohnsteuerverfahren tritt ab 1. Dezember 1924 eine Änderung nach zwei Seiten ein. Einmal wird der steuerfreie Teil des Einkommens erhöht und zum zweiten bleiben gewisse kleine Einkommen gänzlich steuerfrei. Für alle nach dem 1. Dezember 1924 gewordenen Einkommen regelt sich der Steuerbetrag folgendermaßen: Es bleiben steuerfrei 10 M. monatlich, 15 M. wöchentlich, 250 M. täglich und 600 M. jährlich. Von dem nach Abzug dieser Beträge verbleibenden Einkommen werden bei jeder Lohnzahlung von einem ledigen oder kinderlos verheirateten Arbeitnehmer zehn Prozent, von einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder neun Prozent, mit einem Kind acht Prozent, mit zwei Kindern sieben Prozent und für jedes weitere minderjährige Kind ein Prozent weniger einbehalten. Die minderjährigen Kinder sind solche ohne ein Einkommen gleichzustellen. Ein lediger Arbeitnehmer beispielsweise, der ein Wochenlohn von 30 M. hat, zahlt 3 M. 15 - 15 - 10 Prozent = 1,50 M. Steuern. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjäh-

gen Kindern und einem Wochenlohn von 36 M. zahlt 3 M. 15 - 21 - 6 Prozent = 1,26 M. Steuern. Die Steuerbeträge werden stets auf volle 5 Pf. nach unten abgerundet. Wichtig neu ist die Bestimmung, daß Steuerabzugsbeträge von nicht mehr als 80 Pf. monatlich oder 20 Pf. wöchentlich überhaupt nicht mehr erhoben werden. Dadurch werden die ganz kleinen Lohnempfänger von der Steuerpflicht befreit. Praktisch bedeutet diese Bestimmung also, daß alle Einkommen bis 17,49 M. wöchentlich steuerfrei bleiben; 15 M. gelten nämlich als Werbungskosten, 2 M. bleiben unberücksichtigt und 49 Pf. scheiden infolge der Abrundung nach unten aus. Mit anderen Worten: ein lediger Arbeitnehmer mit einem Jahreslohn von rund 100 M. kann nicht mehr zur Lohnsteuer herangezogen werden. Bei Verheirateten liegt das steuerfreie Einkommen entsprechend der Kinderzahl. Die neuen Bestimmungen bringen zwar eine kleine Erleichterung nach der sozialen Seite; befriedigen können sie aber keineswegs.

Der Index wird verbessert. Die wiederholten Hinweise der Gewerkschaften auf die Unzulänglichkeit der vom Statistischen Reichsamte berechneten Lebenshaltungskosten haben endlich dazu geführt, daß man sich genötigt sieht, Änderungen zu erwirken. Zu einer Sitzung der Indexkommission wurden diese Änderungen besprochen. Es wurde darauf verwiesen, daß die geistliche Miete, die heute mit der Friedensmiete im Index verglichen wird, nur noch für einen Bruchteil der Arbeitnehmer in Frage kommt, und daß selbst diese außer dem geistlichen Mietpreis noch Zusatzkosten zu tragen haben, durch Selbstübernahme von Reparaturen in der Wohnung, die früher vom Hauseigentümer ohne weiteres getragen wurden, und wodurch der wirkliche Mietpreis über die geistliche Miete hinaus erhöht wird. Der niedrige Mietpreis kommt überhaupt nicht in Frage für alle Junggeheulen und Heiratskandidaten, die entweder in Kellerräumen, Neubauten, Zimmern oder ausverkauften alten Wohnungen nur zu höheren Preisen als in der Vorkriegszeit Unterkunft finden können. Das für die Berechnung der Lebensmittelpreise zugrunde liegende Budget ist unvollständig; innerhalb dieses unvollständigen Budgets sind aber gerade die Gruppen der Lebensmittel, die nur wenig im Preise gestiegen sind (Kartoffeln, Brot und Nahrungsmittel, in beinahe übermäßiger Vollständigkeit enthalten. So bleiben denn die übrigen Nahrungsmittel von höherer Qualität, die aber in den Preisen ganz beträchtlich mehr gestiegen sind als die anderen, weit zurück hinter den Mengen, die in einem natürlichen Haushalt auch wirklich verbraucht werden. Einige Beispiele: Im deutschen Index machen die Ausgaben für Eier nur 1,5 Prozent der Gesamtausgaben aus; in der englischen Index dafür dagegen 6,4 Prozent. Reichlich haben wir nur 8,4 Prozent eingerechnet. Die Engländer 24,3 Prozent. Daß die Mengenverhältnisse der billigen Waren gegenüber denjenigen der preiswerteren höher gestiegen sind, nicht dem Verbrauch in einem Haushalt entsprechen, zeigen auch Vergleiche mit Haushaltsrechnungen der Friedenszeit.

Wie man sich die Arbeitslosenversicherung denkt. Im Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist u. a. vorgesehen, daß die Mittel für die

## Volkswirtschaft - Sozialpolitik

Die Lohnsteuer ab 1. Dezember 1924. In dem vom 1. Januar 1924 ab eingeführten neuen Lohnsteuerverfahren tritt ab 1. Dezember 1924 eine Änderung nach zwei Seiten ein. Einmal wird der steuerfreie Teil des Einkommens erhöht und zum zweiten bleiben gewisse kleine Einkommen gänzlich steuerfrei. Für alle nach dem 1. Dezember 1924 gewordenen Einkommen regelt sich der Steuerbetrag folgendermaßen: Es bleiben steuerfrei 10 M. monatlich, 15 M. wöchentlich, 250 M. täglich und 600 M. jährlich. Von dem nach Abzug dieser Beträge verbleibenden Einkommen werden bei jeder Lohnzahlung von einem ledigen oder kinderlos verheirateten Arbeitnehmer zehn Prozent, von einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder neun Prozent, mit einem Kind acht Prozent, mit zwei Kindern sieben Prozent und für jedes weitere minderjährige Kind ein Prozent weniger einbehalten. Die minderjährigen Kinder sind solche ohne ein Einkommen gleichzustellen. Ein lediger Arbeitnehmer beispielsweise, der ein Wochenlohn von 30 M. hat, zahlt 3 M. 15 - 15 - 10 Prozent = 1,50 M. Steuern. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjäh-

## Wissen und Können

### Aus dem Leben unserer Führer

Die Zeitschrift „25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung“, die vor wenigen Wochen erschien, bringt u. a. auch die Lebensbeschreibungen der Führer der christlichen Gewerkschaften. Aus den einzelnen Biographien geben wir die markantesten Stellen wieder, um damit einen Einblick in die oft erregte Jugendzeit der alten Kämpfer zu gewähren.

**Adam Stegerwald** (Vorsitzender des Zentralverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes): Von früherer Jugend an bis zum 15. Lebensjahre war ich in der Landwirtschaft tätig. Mit 15 Jahren ging es zu einem Schreinermeister in die Lehre. Die Lehre war ebenso hart wie die frühere Jugend. Die Kost in der Lehre war gut; die Schlafgelegenheit bestand sich direkt unter den Dachziegeln. In zwei Lehrzeiten schickten wie in einem gemeinsamen Bett. In den Wintermonaten waren insbesondere bei Schneegestöber die Bettwärmer beim Schlafengehen und beim Aufstehen mit Schner bedeckt. Die Arbeitszeit betrug täglich 13-14 Stunden, in den Sommermonaten von morgens sechs bis abends neun Uhr, in den Wintermonaten von acht bis zehn Uhr, mit insgesamt 14stündiger Pause. Nach der Lehre wurde, wie es damals „hört“ war, die Handwerksburschenschaft durchgemacht. In einem Zeitraum von drei Jahren war ich etwa zehn Wochen „auf der Watz“. Es wurden der Rhein, Süddeutschland und die Schweiz bereist. „Gelehrer“ wurde kräftig Lehrmeister dafür war der Künzler. Insbesondere wurde Baden von Mannheim bis Konstanz gründlich „abgeklopft“. Mit dem „Buz“ (Gendarm) hatte ich me etwas zu tun bekommen. „Geflepp“ (Kontraktieren) wurden mir allerdings recht häufig. Das erste Gebor-

„In sollst dich nicht erwidern lassen“, wurde, jung beobachtet.

**Franz Wieders** (Ständer und Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes): Ich war der jüngste von sieben Geschwistern. Meine Eltern waren kleine Landwirte. Der Vater betrieb im Winter noch die Weberei. Sonstige Arbeitsgelegenheit in Zahlorten um war nicht gegeben. Die Einkommen waren gering. Dafür wurde gearbeitet von des Morgens, wenn der Tag anbrach, bis zum späten Abend. Daß da die Lebensverhältnisse sehr einfach und ärmlich waren, ergibt sich von selbst. Auf dem Lande wurden die Kinder schon früh zu irgendeiner Beschäftigung herangezogen. So war meine Hauptaufgabe zunächst Gänge und säubigen. Mit zunehmendem Alter wurde mit auf den Acker gefahren, Holz herbeibringen und gewässern und sonstige kleine Beschäftigungen und Missetaten ausgeführt. Mit 15 Jahren schickte ich mein Vambelchen und ging nach Frankfurt. In Frankfurt, in der Nähe der Wache, war ein freier Platz, man nannte ihn den „Talles“, da stellte sich alles auf, was Arbeit suchte. Auch ich bekam Arbeit in einem Geschäftshaus, wo ich Vorkänge beizugehen und im Lager ausstellen mußte. Im Herbst ging ich wieder nach Haus. Nach des Vaters Tode kam ich 17 1/2 Jahr zu einem Bauer. Von der Ernte bis vor Weihnachten mußte ich jede Nacht um 12 Uhr aufstehen und dreihen; mehr als vier Stunden Schlaf gab es selten. Sonstige durfte ich mich dann mal tüchtig ausblafen.

Das Jahr 1886 spielt in meinen Jugendereignissen eine besondere Rolle. Es kamen Soldaten zur Umquartierung, heilige Meier mit blankem Helm und Säbel. Die Christen kamen an uns Kinder herangeritten und fragten uns, ob ichon Freuden da gewesen seien. Endlich hieß es, die Freuden kommen. Die älteren Frauen und Männer standen beisammen und betrachteten und wünschten ihnen alles Schöne. Unsere Mutter in ihrem Herdichsgefühl widersprach dem im heiligen Takt: „Ach Kombers, seid doch net so eufaltig, dös arme Volk es is auch net schold, dös made nur de Große, an bei de Preise schreit jede Mutter ihrem Kind noch.“ Ach, Nachbarskente, wid doch nicht so töricht! Das Volk ist auch nicht schuld; die Schuld haben nur die Großen. Auch in Freuden weint jede Mutter ihrem Kinde nach. Zur Besichtigung wurden alle Sabelgehenden vergraben. Das Reich wurde zum Teil in den Wald getrieben. Die Freuden rückten heran. Menschlich erwarteten wir sie. Ich kann mir heute noch vorstellen, wie sie bekannt, mit Schwert bedeckt in die Stube traten und, o Freunde, sie talen uns nichts! Als sie gegeben und getrunken hatten, laten wir kleineren schon alle Gefälligkeiten, die sie wünschten.

Ich doch net so eufaltig, dös arme Volk es is auch net schold, dös made nur de Große, an bei de Preise schreit jede Mutter ihrem Kind noch.“ Ach, Nachbarskente, wid doch nicht so töricht! Das Volk ist auch nicht schuld; die Schuld haben nur die Großen. Auch in Freuden weint jede Mutter ihrem Kinde nach. Zur Besichtigung wurden alle Sabelgehenden vergraben. Das Reich wurde zum Teil in den Wald getrieben. Die Freuden rückten heran. Menschlich erwarteten wir sie. Ich kann mir heute noch vorstellen, wie sie bekannt, mit Schwert bedeckt in die Stube traten und, o Freunde, sie talen uns nichts! Als sie gegeben und getrunken hatten, laten wir kleineren schon alle Gefälligkeiten, die sie wünschten.

**Franz Behrens** (Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter): Bis zum ersten Lebensjahre besuchte ich die Dorfschule. Im Sommer war halbtagschule. Die „Großen“ hatten Unterricht von morgens 6-9 Uhr und die „Kleinen“ von 7-10 Uhr. Dann hatten wir frei für den ganzen Tag und konnten uns in der Landwirtschaft betätigen, also: Viehhüten, Aufkauf Säen und andere leichte Arbeiten. Unsere Dorfschule begann morgens 9 Uhr und währte außer einer Mittagspause bis nachmittags 4 Uhr. Nach meiner Schulleist. kam ich von 1886/89 in die Wirtscholche. Dann ging's in die Welt hinaus. Meine erste Gesellenstelle trat ich am 1. April 1889 in einer großen Privatgärtnerei in Berlin, Tiergartenstraße, an. Im Frühjahr 1891 nahm ich als „Ausbildeter“ an dem damaligen allgemeinen Berliner Gärtnerpreis teil, der um den Preis oder Stimmrecht, einen Landschaftsgärtnerlohn von 30-35 Pf. und für den Handlungsgärtnerlohn von einem Monatslohn von 24 Mark bei freier Station ging. Meine fast fünfmonatliche Arbeitsleistung im Jahre 1891 auf 1892 betrug ich zum Bescheide der Wirtscholche, wie auch von Vorlesungen der Humboldt-Universität, um mein mangelhaftes Wissen zu erweitern. Während dieser Zeit war Schmalkopf Kichenmeister

# Wählt am 7. Dezember nur Parteien, die für unsere Grundzüge eintreten!

Verficherung grundsätzlich von der Wirtschaft abgelehrt werden sollen. Reichen die Beiträge der Unternehmer und Arbeiter nicht aus, so soll ein in guten Zeiten angekaufter Arbeitslosenfond ausreichen. Vorrat gibt das Reich Darlehen, die in günstigeren Zeiten unter Verpfändung der bis dahin bestehenden Vöhr der Beiträge abzudecken sind. Im neuen Entwurf sind die Beiträge nicht mehr nach Gefahrenklassen, sondern nach der Höhe des Lohnes und nach dem Maß des Bedürfnisses im engeren Sinne (Kandessamt für Arbeitsvermittlung) abgemildert. Den Ansprüchen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung entsprechend, hält die staatliche Aufsicht sich in den Grenzen, wie sie auch sonst in der Sozialversicherung gezogen sind. Die Vorschriften über die Versorgung der Arbeitslosen in Krankheitsfällen schließen sich im wesentlichen an das geltende Recht der Erwerbstätigen für Sorge an, wobei unbillige Verschärfung der Lagen vermieden wird. Von besonderer Bedeutung ist die im Entwurf vorgezeichnete Mitarbeit in wirtschaftlichen Notzeiten. Man will diese Mitarbeit einführen, um u. a. auch den Arbeitswillen zu prüfen. Wenn man gegen ein solches Begreifen von der grundsätzlichen Seite her nichts einzuwenden hätte, so würde die praktische Ausföhrung doch mancherlei Säkten und Schwierigkeiten erregen. In die Lösung dieser Frage wird man daher mit der größten Vorsicht heranzugehen müssen.

## Schutz gegen willkürliche Entlassungen.

Wegen Arbeitsmangel waren in einem großen Betriebe mit rund 1200 beschäftigten Personen zwölf Arbeiter gekündigt. Vom Arbeitgeber wurde gegen diese Kündigung Einmünd erhoben. Es kam zur Verhandlung vor dem Gewerbegericht zu Hirschheim. Dieses hatte von dem Reichsarbeitsminister vorher Auskunft darüber erbeten, ob nach Aufhebung des § 12 und 13 der Demobilisierungsverordnung Dauer der Beschäftigung, wirtschaftliche Verhältnisse, die in diesen Bestimmungen enthaltenen Grundzüge noch weiterhin zu beachten seien. Der Minister sprach sich dahin aus, daß bei Entlassungen die vorgenannten Bestimmungen berücksichtigt werden müssen. Das Gewerbegericht kam demzufolge zu dem Ergebnis, daß sich die Kündigung gegenüber zwei Arbeitern als eine unbillige, durch die Verhältnisse des Betriebes nicht bedingte Härte darstelle. Der eine Arbeiter sei 63 Jahre alt und 17 Jahre bei der Firma tätig; der andere sei 73 Jahre alt und sechs Jahre im Betriebe. Bei einer so großen Belegschaft muß damit gerechnet werden, daß sich für die beiden betagten Arbeiter eine Möglichkeit zur Weiterbeschäftigung bietet. Die Kündigung mußte deshalb zurückgenommen werden.

## Die Bautätigkeit.

Allgemein wird die Aufsjung vertreten, daß wie im kommenden Frühjahr mit einer überaus starken Bautätigkeit zu rechnen haben. Der immer noch wachsende starke Bedarf an Wohnungen bedinge sie, während die Besserung auf dem Geldmarkt sie ermöglichte. Eine solche Entwicklung wäre nur zu begrüßen, denn die Bautätigkeit in der verfloffenen Zeit war so gering, daß sie bei dem ungeheuren Wohnungsmangel gar nicht in die Berechnung treten konnte. Der Kennzuegan an Gebäuden und Wohnungen war im zweiten Vierteljahr 1921 geringer als im ersten, was nicht darauf schließen läßt, daß sich auf dem Wohnungsmarkt eine offensichtliche Besserung vollzieht. Schluß sind jetzt schon die Zuschüsse aus der Hauszinssteuer vergeben. Staat und Gemeinde erklären, Neubebauungen erst nach Ansammlung eines weiteren Fonds vornehmen zu können. Man verlangt im Volks, daß die Erträge der Hauszinssteuer restlos dem Wohnungsbau zuggeführt werden. Den finanziellen Bedürfnissen des Staates soll man anderweitig nachkommen. Wenn die Selbsthilfe zur Behebung der Wohnungsnot auch noch manches tun kann, allein wird sie dem Hebel nicht bekommen. Hier muß der Staat eingreifen. Die Mittel erhält er. Nur wäre es an der Zeit, diese auch restlos für den ursprünglichen Zweck zu verwenden.

## Aus dem Gewerbe

**U. B. - Tarif.** Mit dem Verband Deutscher Schuhbindermeister ist nach längerem Verhandlungen ein Lohnabkommen getätigt, das folgenden Wortlaut hat: „Der Spitzenlohn für den verheirateten Gehilfen der Ortsklasse I wird für die Zeit vom 20. November 1924 bis 4. Februar 1925 einschließlic auf 70 Pf. festgelegt. Der Allorddivisor beträgt 5,6. Weistagen den 21. November 1924.“ Aus diesem Abkommen ergeben sich die nachstehenden Stundenlöhne für die Zeit vom 20. November 1924 bis 4. Februar 1925:

| Ortsklasse | Stundenlöhne in Goldpfennigen |       |       |       | Gehilfen: |       |       |       |
|------------|-------------------------------|-------|-------|-------|-----------|-------|-------|-------|
|            | 1a                            | 1b    | 1c    | 1d    | 1e        | 1f    | 2c    | 2d    |
| 1          | 42,50                         | 50,00 | 57,00 | 61,50 | 68,00     | 70,50 | 61,50 | 64,00 |
| 2          | 41,00                         | 48,50 | 55,00 | 59,50 | 66,00     | 68,50 | 60,00 | 62,50 |
| 3          | 40,00                         | 47,00 | 53,50 | 58,00 | 64,50     | 67,00 | 58,50 | 61,00 |
| 4          | 38,50                         | 45,00 | 51,50 | 56,00 | 62,50     | 65,00 | 57,00 | 59,50 |
| 5          | 36,50                         | 43,00 | 49,50 | 54,00 | 60,50     | 63,00 | 55,00 | 57,50 |
| 6          | 35,00                         | 41,50 | 47,00 | 51,50 | 58,00     | 60,50 | 53,50 | 56,00 |

## Arbeiterinnen:

| Ortsklasse | unzeilige      |       |               |       |       |       | zeilige |       |  |
|------------|----------------|-------|---------------|-------|-------|-------|---------|-------|--|
|            | unter 16 Jahre | 16    | über 16 Jahre | 2a    | 2b    | 3a    | 3b      | 3c    |  |
| 1          | 20,00          | 25,00 | 25,00         | 30,00 | 30,00 | 40,00 | 40,00   | 45,00 |  |
| 2          | 19,00          | 24,00 | 24,00         | 29,00 | 29,00 | 39,00 | 39,00   | 44,00 |  |
| 3          | 18,50          | 23,50 | 23,50         | 28,50 | 28,50 | 38,50 | 38,50   | 43,50 |  |
| 4          | 18,00          | 23,00 | 23,00         | 28,00 | 28,00 | 38,00 | 38,00   | 43,00 |  |
| 5          | 17,50          | 22,50 | 22,50         | 27,50 | 27,50 | 37,50 | 37,50   | 42,50 |  |
| 6          | 16,50          | 21,50 | 21,50         | 26,50 | 26,50 | 36,50 | 36,50   | 41,50 |  |

Sozialarbeiterzahlung 17. - Tarif für Akkordberechnung 5,6.

**Marionettenindustrie.** Am 13. November im RRM ein Zehnspund gefällig, der in der Spitze einen Stundenlohn von 6 Pf. vorsieht unter gleichzeitiger Notlösung, daß die gegenwärtige Mehrarbeit mit 125 Proz. zu belassen ist. Dieser Spruch wurde von uns als unzureichend abgelehnt. In einigen Orten sind infolgedessen mensliche Ausbrüche, die zum Teil durch geringere Minderheiten erledigt wurden. Die Arbeiter beauftragten beim RRM die Verbindlichklärung des oben erwähnten Spruchs. Verhandlungen fanden am 26. November im RRM statt. Es kam eine Verständigung zustande. Der Schiedsrichter wird von allen Parteien anerkannt. Weisheit rief in die erste Wahlkammer am 10. durch örtliche Bewegungen nicht erreicht wurde, bleibt es dabei. Maßnahmen wurden nicht getroffen.

## Zynismus-Weisheit.

Der Arbeitgeberverband Niederrhein mit dem Ziel in Nevelar hat einen Zynismus, dem die Unternehmer ob seiner Freiheit in wirtschaftlichen Fragen einen Vorbehalt mit den sollten. Unseren Mitgliedern am Niederrhein ist dieser Mann nicht so ganz unbekannt. Zum erhabener (sein acht) sogar im weltbekannten Weltfahrtsort um und bezieht die Arbeitgeber zu den „größten Jugendländern“ gegenüber den in eitel Lust und Sonne dahinjagenden Arbeitern. Alles natürlich wie unter dem Zynismus „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Dieser Mann, der so „erhabener“ im Zynismus der großen Volksgemeinschaft steht, heißt B. Kieker. Seinem Namen voran steht er sogar den bei Zynismus nicht unvermeidlichen „Er.“ Wie wir kürzlich im „Nevelar Volksblatt“ „Ganges über die Arbeitszeit“ aus der Feder des oben genannten „Doktors“ entdeden, da tat uns nicht nur der Arbeitgeberverband anständig leid, der sich sich einen „Doktor“ zugelegt hat, sondern auch die Redaktion des „M. V.“, die sich eine Schreibung ihren Verleser vorsetzt. Nach Ansicht des Herrn Kieker kann uns wirklich nichts anderes mehr retten als Wehrkraft. Man muß sich vorlegen. Er redet uns, daß man für jede Milliarde Reparationssatz eine Stunde Mehrarbeit leisten müßte. Die Rechnung sehr dann so aus: 2 1/2 Milliarden gleich 2 1/2 Stunde Mehrarbeit gleich 100 1/2 Stunden, tägliche Arbeit. Der schematische 8 Stunden Tag in nicht länger zu verteidigen, will man sich nicht verdrängt machen, das Wohl des deutschen Volkes als Waise für die Durchführung parteilicher Vorkerkungen oder solcher des Klassenkampfes zu mißbrauchen.“ Sie bitten unsere Leser, diesen Satz genau zu beachten. Nach Dr. Kieker sind alle Klassenkämpfer, die für eine Arbeitszeit eintreten, welche unserer Kultur entspricht. Wenn es so ist, dann allerdings betonen auch wir uns zu diesem Klassenkampf. Und wir befinden uns dabei in guter Gesellschaft von Theologen, Nationalökonomern, Ärzten und Politikern, die uns jedenfalls mehr Autorität sind, als der Arbeitgeberverband Dr. Kieker in Nevelar.

## Gewerkschafts-Rundschau

**Wie und wo sparen wir?** Um solchen Mitgliedern, die infolge zu geringen Einkommens wenig erübrigen und darum nur in größeren Zeitabschnitten zu einem kleinen Sparkapital gelangen können, entgegenzukommen, hat unsere Deutsche Volksspart Sparmarken in ihrem eingeföhrt. Es soll durch dieses System auch dem kleinsten Sparer Gelegenheit gegeben werden, die geringfügigsten Heberschiffe seines Haushalts aufzusparen und bei höchster Verzinsung (zurzeit 10, 11, 12 Prozent, je nach Krändigungsfrist) unserer Sparte zuzuföhren. Die Sparmarken lauten über 1, 3 und 5 Mark, die in ein Sparheft gefest werden. Die zum Teil schon bestehenden Annahmestellen für die Spargelder in den Ortsstellen und Ortsgruppen erhalten eine bestimmte Anzahl Sparhefte zur Verteilung an die Kleinsparer, ebenso auch die Sparmarken in allen vier Sorten und in der voraussichtlich notwendigen Anzahl. Der Kleinsparer kann zum Einlegen in das Sparheft jede der erwähnten Marken wählen. Die vollgeheften Sparhefte werden durch die Annahmestellen der Kartelle und Ortsgruppen an die Deutsche Volksspart in Essen eingereicht. Hier werden die Beiträge dem Kleinsparer auf sein Konto gutgeschrieben. Die Sparte stellt über die Endsumme des Markenscheites ein Sparbuch aus und sendet dieses unmittelbar dem Sparer zu. Den Gewerkschaftskartellen und den nicht kartellierten Ortsgruppen kann nur erneut dringend angeraten werden,

dem Beispiel der anderen zu folgen und örtliche Annahmestellen unserer Sparte für Spargelder zu errichten. Es bedarf oft nur eines kleinen Anstoßes, um trotz aller schwierigen Verhältnisse die Sparte wieder anzugehen. Unsere Spargroschen wollen wir nicht mehr anderen Instituten anvertrauen, sondern sie restlos unseren eigenen Kartellen, der Deutschen Volksspart in Essen-Nähr, III. Sagen 64, zuwenden. Diese verhandelt gern direkt mit den Kartellen und Ortsgruppen über die Errichtung von Annahmestellen und sendet ihnen auf Verlangen das erforderliche Sparmaterial zu. Auch als Einzelsparer kann man mit unserer Sparte in Verbindung treten. Die Sparte muß in Zukunft sein: Auch die kleinen und kleinsten Beträge restlos in unsere eigene Sparte!

## Wie sieht es mit der Neutralität der freien Gewerkschaften?

Zu jedem Tag liefert die sozialdemokratische Presse öftentliche Beweise für die Neutralität der freien Gewerkschaften, die bekanntlich nur noch in den Zahlungen der freien Verbände zu finden ist. Das sozialistische Zentralorgan, der „Vorwärts“, berichtet in Nr. 197 vom 21. Oktober 1924 über eine Bezirksversammlung des Buchdruckerverbandes in Berlin. In diese Versammlung legte die Nachfrist von der Reichstagsauflösung hinein. Man hatte darauf nichts eiligeres zu tun, als eine Entschließung einzubringen, die zur Wahl von Sozialdemokraten aufzuföhrt. Diese Entschließung wurde bewundernd gegen eine Stimme angenommen. So ist nach dem „Vorwärts“ in allen Berliner Bezirksversammlungen des Verbandes verfahren worden. Überall wurden einstimmig oder gegen wenig Kommunisten Resolutionen angenommen. Die zum Kampf für die Sozialdemokratie aufzuföhren. In Nr. 312 des „Vorwärts“ wird über eine Delegiertenversammlung der Münchener freien Gewerkschaften berichtet. Diese Sitzung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den kommenden Wahlen. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften wurden aufzuföhrt, in der Einzelaktion alles zu tun, um die Wahlkämpfer in Arbeiterkreisen aufzurütteln und zur Wahlurne zu bringen. Dabei wurde insbesondere betont, daß als Vertreter in der Arbeiterkammer die sozialdemokratische Partei in Frage kommt. Solche und ähnliche Entschließungen über die Verbindung der sozialdemokratischen Partei mit den freien Gewerkschaften häufen sich insbesondere werden die bevorstehenden Wahlen in dieser Beziehung sehr lehrreich sein. Daraus aber etwa die Folgerung zu ziehen, die freien Gewerkschaften würden nun endlich einmal ihren wirtlichen Charakter offen zur Schau tragen, wäre irrig. Keine Kreise der deutschen Arbeiter wollen betrogen sein. Wäre das nicht der Fall, dann würden die freien Gewerkschaften zahlenmäßig noch mehr zusammenkrumpfen, als das ohnehin schon der Fall ist.

## Eine Erklärung.

Der allgemeine sozialistische deutsche Gewerkschaftsbund gibt an Stelle des früheren „Korrespondenzblattes“ eine „Gewerkschaftszeitung“ heraus. In diesem Organ werden manchmal ganz vernünftige Ansichten vertreten. So schreibt in der Ausgabe vom 6. September 1924 Albin Freitag (Gauvorsitzer des Buchdrucker-Verbandes) u. a.:

„Es gibt Gewerkschaften in Deutschland, die in ihrer Demokratisierung und Radikalisierung in den letzten Jahren zweifellos weit gegangen sind und deren zahlenmäßige Stärke auch Kräfte in sich birgt. Aber, hat denn eine dieser Organisationen praktische Vorteile davon gehabt? Ich sage nein! Denn deren Beiträge an Mitgliedern sind prozentual am stärksten und auch dort, wo sich schon die zentrale Stellung schärfer eingestellt hat, ist es sehr schwach.“

Die Enttäuschung der Jugendarbeiter nach dem Kriege mußte diese Wirkung haben, nur wollten es rechtseitig manche Gewerkschaftler und Politiker nicht glauben.

... besonders aber, und das hatte ich für die Grundlage des Wiederaufbaues jeder Gewerkschaft, muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der politische Kampf, der politische Einfluß aus den Gewerkschaften entleert werden. Gewerkschaften, die diese Grundlage nicht schaffen, tragen den Todesstein in sich und schädigen die gesamte Gewerkschaftsbewegung.“

Wir wissen nicht, ob Freitag bei seinen Ausführungen zunächst den Verband im Auge hatte. Wie weit allgemein die einseitige politische Radikalisierung geblieben ist, zeigen recht deutlich die Aufseher zur Wahl von Sozialdemokraten in der roten Gewerkschaftssparte.

**Sozialistischer Kapitalismus.** Immer größer werden die Widersprüche zwischen sozialistischer Theorie und Praxis. Während die Sozialdemokratie auf der einen Seite den Kapitalismus und die heutige Wirtschaftsordnung bekämpft, bezieht sie sich auf der anderen durch Errichtung von Konsumvereinen und Genossenschaften der so vielfach verarbeiteten „heutigen Wirtschaftsmethode“. Ein nettes Beispiel bietet dafür der „Belleidungs-Arbeiter“ (Nr. 20 vom 18. 10. 24). Mit bombastischen Worten werden die Arbeiter gewarnt, ihre Söhne Mitglieder des kaufmännischen Berufsverbandes, des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, werden zu lassen, weil der D. B. V. Anhänger

der 111 heutigen Wirtschaftsordnung ist Die gleiche Nummer aber beschäftigt sich mit der Gründung der „Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte AG.“, lobend natürlich, weil es sich hier um eine sozialdemokratische Einrichtung handelt. Diese Bank ist von den sozialistischen Gewerkschaften erachtet worden, um unter Benutzung kapitalistischer Methoden mit dem Vermögen der Gewerkschaften und Linksparteien Geschäfte zu machen. Man sieht, die Sozialdemokraten finden sich sogar mit dem Kapitalismus ab, wenn mit keiner Mille ihrer politischen Richtung gehoffen werden kann.

**Berichte aus unseren Zahlstellen**

**Goesfeld.** Im Arbeitervereinshaus fand am 11. November die gute alte Gewerkschaftsversammlung der Kreisgruppe des Graubündner Zentralverbandes statt, an der auch der Graubündner Bundesrat teilnahm. Kollege Tiller vom christlichen Textilarbeiterverband eröffnete und leitete die Versammlung. Bezirksleiter Kemblüger (Rehem) referierte über die Lohnpolitik im graphischen Gewerbe. In der Aussprache herrschte Einmütigkeit darüber, daß es dringend notwendig sei, für eine Lohnregulierung anzustreben, weil diese am besten bewirkt ist, den berechtigten Forderungen der graphischen Arbeiterchaft Gehör zu verschaffen. Es wurde beschlossen, alle graphischen Arbeiter, die bisher im christlichen Textilarbeiterverband organisiert waren, in unsern Verband zu führen. Desgleichen meldeten sich die ausstehenden Unorganisierten. Die Mitgliederzahl der neugegründeten Zahlstelle beträgt 65. Die Lohnverhältnisse der Tätigkeitsleiter im Besonderen wurden eingehend besprochen. Dort herrschen zurzeit unfriedliche Zustände, die unbedingt der Regelung bedürftig sind. Kollege Kemblüger versprach, alles anzustreben, um den berechtigten Forderungen der Zahlstelle zum Ziele zu verhelfen. Am folgenden Tage fand dann mit den beiden Firmeneinhabern eine Verhandlung statt, wobei am nächsten Vorkommenden eine kleine Aufbesserung des Lohnes erreicht wurde. Für den 3. Dezember wurden mit der Firma Tarifverhandlungen angesetzt, um einmal geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Es gilt nun, stets fest und treu zur Organisation zu stehen, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

**Tübingen.** Im Verbandstafel Schmuß fand am 11. November eine gute alte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Keinermann konnte als Leiter der Versammlung außer den Mitwirkenden auch den Bezirksleiter Kemblüger (Rehem) begrüßen. Letzterer sprach über die Lohnpolitik im graph. Gewerbe. Der Vortragende schloß sich eingehend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor und nach dem Kriege in unserm Gewerbe und besprach besonders die letzten Lohn- und Tarifverhandlungen. Auf die in Tübingen vorliegenden Verhältnisse ging Kollege Kemblüger noch besonders ein. Da die Firma Laumann dem Reichsverband der Buchbinder eingetragene und diese Arbeitsorganisation der Gewerkschaft gegenüber kein Tarifkontrakt mehr ist, haben die in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen den Firmen gegenüber freie Hand. In einigen Orten richten sich diese Firmen nach dem Api-Vertrag, während andere nach dem Buchbinderabkommen entschlossen, wie dieses überhaupt in vielen Orten für die Buchbinder angewandt wird. Es konnte mitgeteilt werden, daß die Firma bereits das Api-Abkommen anerkannt hat. Am 6. November kommt der neue Lohn zur Auszahlung. Nach Bekanntgabe der einzelnen Stundenlohnätze und der Besprechung örtlicher Angelegenheiten, betv. Beitrag, erwähnte Kollege Kemblüger besonders noch die weiblichen und jüngeren Mitglieder, stets fest und treu zum Verbands zu stehen, dann würden wir auch in Zukunft weiterkommen. Nach Versammlungsabschluss blieben die Mitglieder noch ein Stündchen bei einigen Klavierkonzerten eines Kollegen gemütlich beisammen.

**Welschde.** In unserm inalterndlichen Städtchen Welschde konnte am 13. November durch den Bezirksleiter Kemblüger (Rehem) eine kleine Ortsgruppe des Graubündner Zentralverbandes ins Leben gerufen werden. Die Besprechung fand im Weichmanns statt. Neben den in Frage kommenden Buchbindern waren auch die am Orte beschäftigten Kollegen des Untertauern-Bundes anwesend. Kollege Kemblüger sprach über die Notwendigkeit der Organisation und über die letzten Lohn- und Tarifverhandlungen. Wenn die Zahl der örtlichen Mitglieder auch klein ist, so müssen wir doch, daß wie ein Zweig mit dem großen christlichen Gewerkschaftszweig verbunden sind. Wir werden unsere Gewerkschaftsarbeit stets treu und getreu nachgehen. Als Ortsgruppenleiter fungiert Kollege Paul Pöppel, Welschde 1, B., Antoniusstr. 104.

**Münster (Westfalen).** Am 5. Oktober hatten sich die Mitglieder unserer Zahlstelle zu einer Versammlung zusammengefunden, um einen Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Kemblüger (Rehem) zu hören. Der Vortragende, Kollege Merz, wies in seinen Eröffnungsworten alle Entscheidungen herzlich willkommen. Nach verschiedenen geschäftlichen Mit-

teilungen nahm Kollege Kemblüger das Wort zu einem Vortrag: „Haben wir noch eine christliche Gewerkschaftsbewegung nötig?“ Ausgehend von dem Gedankengang der christlichen Gewerkschaften konnten wir im Laufe noch einmal all die Mängel unterleben, die notwendig waren, um unsere Bewegung zu dem zu machen, was sie heute ist: Eine Organisation, nicht nur mit dem Ziel zur Erreichung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse, sondern eine Bewegung, die durch geistige Weiterbildung ihrer Mitglieder bezieht ist, diese als gleichwertige Mitglieder der Volksgemeinschaft am Wiederaufbau unserer Wirtschaft und unseres Vaterlandes mitverantwortlich zu machen. Kollege Kemblüger schloß, wie nach dem Vortrag der Wähler an dem des Reiches unter den schwersten Verhältnissen vor sich gehen müßte, die notwendigste Aufgabe ist die der Vollendung der Nationalen, die in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse nicht immer die Erfolge zeitigt, wie es im Interesse der Mitbürger notwendig gewesen wäre. Die Gründung des Reichsverbandes, der Bewegung neuer Mitglieder, der Mitarbeit aller am Verbandesleben und der politischen Geschäftsführung in den wirtschaftlichen gatten, besonders seine Ausführungen, Kollege Kemblüger dankt dem Referenten und ermahnt die Mitglieder zur wirtlichen Beitragszahlung. Er gab der Vollendung des Reiches, den Kollegen Kemblüger noch oft bei uns befragen zu können.

**Rehem.** Am 10. November fand im Reichshaus unsere Mitglieder-Versammlung statt. Leider war diese sehr schlecht besucht. Im Anbetracht der ungenügenden Lage herrschte die Meinung, daß alle Mitglieder zur Stelle wären. Glauben etwa die Mitglieder, daß es nur mit Beitragszahlungen getan wäre? Wünschen wir uns nicht, Kollegen und Mitstreiter! Unsere wirtschaftlichen Lage müssen unsere Bewegung zum großen Teil an dem Leben der Mitglieder für die Bewegung werden wir wieder ganze Gewerkschaftler, die für sich selbst es dringend. Von ausstehenden Mitgliedern gab Kollege Kemblüger Mitteilung über die Bewegung im Buchbindergewerbe. Der nun gefällige Landesrat muß notwendig angenommen werden, da er für rechtsverbindlich erklärt wurde. In den nächsten Wochen soll noch einmal eine Versammlung stattfinden, zu der dann über die weitere Lage im graphischen Gewerbe Ausschluß gegeben werden soll. Sollen wir, daß an dieser Versammlung sämtliche Mitglieder teilnehmen.

**Zaarbrücken.** Am 10. November fand in Zaarbrücken eine gute alte Versammlung unserer Ortsgruppe des Graubündner Zentralverbandes nach langem Nichtstun. In unserer letzten Versammlung konnten wir durch tatkräftige Unterstützung des Landesleiters Kollegen Kemblüger (Rehem) 21 Neuzugänge verzeichnen. Die Lohnverhältnisse im Zaarbrücken sind keineswegs mehr gute zu nennen. Man kommt sich hart gegen wertvolle Lohnsteigerungen. In der vor kurzem stattgefundenen Lohnverhandlung konnten nur 5 Proz. Lohnsteigerung erzielt werden. Als recht unangenehm müssen die Lohnverhältnisse in der Metallindustrie bezeichnet werden. Dieser Zustand ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß es immer noch viele Kollegen und Kollegen gibt, die es nicht als notwendig erachten, sich zu organisieren. Wir werden uns nach wie vor bemühen, unsere Reihen zu stärken, um mit größter Entschiedenheit die Interessen der Berufsangehörigen wahrzunehmen. Bei Annahme von Stellung im Zaarbrücken wolle man den Vorhänden Kollegen Ludwig Wilhelm, Zaarbrücken 1, Eitelstr. 2 über Zähler, verständlich oder um Auskunft eruchen.

**Literatur — Eingänge**

**Volk, Staat und Wirtschaft.** Vortrag, gehalten von Verbandsvertreter Hans Reichl am dem 16. deutschen Handlungsbildungstag in Königsberg, 1921. 64 Seiten. Hanseatische Verlagsgesellschaft, Hamburg. Was diese Broschüre besonders wertvoll macht, ist die klare und ausführliche Kennzeichnung der kapitalistischen und antizipativen Strömungen in der Wirtschaft. Hierfür erbringt die Vortragende eine solche Menge drastischer Beispiele, daß man wirklich sagen kann, mit einem solchen Vortragsstoffem gibt es keine Berufsvereinsarbeit. Denn es ist ja sein notwendig, sich zu organisieren, um es nur zu vermeiden kann. Menschenrechte und Menschenwürde sind dem Interesse mit dem ausgeprägten Bewußtsein unheimlich begehrte. Solange solche vorerhalten sind, werden wir weder bündlich noch staatspolitisch in einer Einheit zusammengeworfen. Das schwebellose, ist zwar traurig, aber deswegen nicht weniger zureichend.

**Der Deutsche Werksmeister-Verband.** Vom wirtschaftsrechtlichen Unterstützungsbereich zur sozialen Missionen Klientenvereinsarbeit. Von Johannes Breddemann. Zeit- und Treueveröffentlichung, Essen, Schillingbahn 65.

In Vager der gewerkschaftlich organisierten Werksmeister hat sich im letzten Jahre eine große Umwälzung vollzogen. Der Duisburger Deutsche Werksmeister-Verband war bis Krassende der einzige Arbeitnehmersverband der Werksmeister. Er hatte bis dahin seine sozialistische Richtung stets mit Nachdruck betont. Im Jahre 1921 schloß er sich mit dem kommunistisch-sozialistischen Reichsverband der Angestellten und dem ebenfalls linksdrehenden Bund der technischen Angestellten und Beamten zum Allgemeinen freien Angestelltenbund (Allbund) zusammen. Der allgemeinen politischen Einstellung der Werksmeister übertrug sich damals dieses Bündnis mit rein sozialistischen Verbänden. Der vor einigen Monaten in Würzburg gegründete Verbandes beschloß gegen eine Minorität den völligen Abruch ins sozialistische Lager. Der 1. B. V. hat damit

endgültig seine frühere parteipolitisch-orientierte Richtung verlassen und die bisherigen nichtsozialistischen Mitglieder sind damit vor ernste Entscheidungen gestellt, die sie durch Austritt vielfach auch bereits getroffen haben. Die sozialistische Fraktion des Allbundes ist für jeden, der die Schritt nicht, ebenso klar erkennbar, wie die Wandlung des Deutschen Werksmeister-Bundes zur sozialistischen Arbeitervereinsvereinsarbeit. Die Broschüre kann dem Interessierten beim Vortrag empfohlen werden.

**Rede und Zirkunft.** Von D. Karl Engmann. 3. Auflage, 164 Seiten, Clay, Gebunden 32 000, abheftet 22 000 S. Nr. oder ca. 1,75 Mark und Zusendung. Verlag der Typographischen Anstalt, Wien 1, Gendarmenstraße 8.

Engmanns „Rede und Zirkunft“ gehört zweifellos zur besten Arbeit über das deutsche Schrifttum. Schon mehrmals haben wir die Schrift zur Anschaffung in unseren Kreisen empfohlen. Wir tun es auch heute wieder beim Erscheinen der dritten Auflage. Eine klare und deutliche Ausdrucksweise, die Fähigkeit, Gedanken verständlich zu Papier zu bringen, ist immer das Ergebnis eines eingehenden Studiums dieser Schrift, der auch der deutsche Sprachlehrer wärmste Anerkennung gesellt hat.

**Gewerkschaftskalender 1925.** Preis 2,- M. Vertragskassengesellschaft „Gewerkschaftswacht“, München 1925.

Dieser Kalender erinnert Tag für Tag an das kopfarbige Gut des Menschen, die Gesundheit. Unter Abstraktion vieler Details bearbeitet, hat er einen Umfang von 128 Seiten. Er ist als Arbeitskalender und gleichzeitig als Terminkalender zum Aufhängen eingerichtet. Jedes Blatt ist in sich abgeschlossen, ein ausführliches Inhaltsverzeichnis ist beigegeben, damit die Einzelblätter aufbewahrt werden können. Der Preis des Kalenders zu 2 Halbmärk ist bei der praktischen Bedeutung, der Fülle des Gebotenen und der sorgfältigen Ausstattung, die sich zugleich zu einem Schmuckstück macht, nicht zu ungenügend.

**Graphischer Zentralverband Köln a. Rh.**  
Verbandsleiter: Kellermann 11, Fernstr. Westend 2838  
Postfachkonto: Köln 15171

Abrechnungen vom 3. Vierteljahr laudten bis zum 24. November ein: Fulda, Düsseldorf, Essen, Landsbur, Regensburg, Frankfurt, Konstant, Ludwigsb., Gera, Frankenstein, Stuttgart. Gelder laudten ein bis zum 21. November: Augsburg, Kempten, Erfurt, Landsbur, Tübingen, Leipzig, Tübingen, Glatz, Seelbach, Donauwörth, Altruders, Arelburg, Wilmshaus, Wilmshaus, Kappel, Lauban, Bonn 11, Gera, Bielefeld, Nordhorn, Berlin, Pödingen, Eilen, Ludwigsb., M. Anheim, Würzburg, Köln, Konstant, Frankenstein, Hannover, Rheid, Düsseldorf, Stuttgart, Fulda, M. Gladbach, Frankfurt.

Die „Graphischen Stimmen“  
müssen unter Einbindung des Betrages bei der Geschäftsstelle in Köln für den Monat Dezember sofort bestellt werden.

Abrechnungen vom 3. Vierteljahr müssen eingekandt werden. Teilzahlungen auf das 4. Vierteljahr erfolgen ungenügend.

**Sparkraft schafft Wirtschaftsmacht!**

Einzahlung: Deutsche Volksbank, Essen, Postfachkonto Nr. 18400.

**Führerschriften:**

|   |         |
|---|---------|
| Karl Draf (gest. 20. 4. 24). Ein Lebensbild des Ordens des christlichen Gewerkschaften, gezeichnet von Helmut Juchacz | M. 0,25 |
| Adolf Engemann, Vorsitzender des Gesamtverbandes  | M. 0,30 |
| Franz Wölber, Vorf. des christl. Metallarbeiterverbandes  | M. 0,30 |
| Heinrich Juchacz, Vorf. des christl. Bergarbeiterverbandes  | M. 0,25 |
| Franz Wölber, Vorf. des christl. Landarbeiterverbandes  | M. 0,25 |
| Josef Wiedersheim, Vorf. des christl. Bauarbeiterverbandes  | M. 0,25 |
| Heinrich Wiedersheim, Vorf. des christl. Holzarbeiterverbandes  | M. 0,25 |
| Hilf. Marg. Wilmshaus, Vorf. des christl. Heimarbeitnehmerverb.   | M. 0,25 |
| Job. Wiedersheim, Führer der Arbeiter des Zentralverbandes  | M. 0,25 |
| Karl Schirmer, der bekannte bayr. Sozialpolitiker   | M. 1,-  |

**Christl. Gewerkschaftsverlag**  
Verl.-Wilmshaus, Kallertstr. 25.

**Buchbindergeselle**  
Inseren Ihren Kollegen gesucht.  
Wilmshaus, M. Gladbach.

**Gewerkschaftsmedalje**  
Preis einzeln 10 Wg., einzelt. Porto und Verpackung. Bei Abnahme von je 10 Stück zu 50 Wg.

**Christl. Gewerkschaftsverlag**, Wilmshaus, Kallertstr. 25.